



Resolution

„Strategie Zukunft – Arbeit sicher und fair!“

Eine erfolgreiche Bilanz in schwierigen Zeiten

Die Ursachen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten 60 Jahre, die weitgehende Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte, sind nicht beseitigt. Die Krise ist weltweit nicht überwunden. Dass Deutschland schnell aus der Wirtschaftskrise kam, ist ein Erfolg der Gewerkschaften. So haben die Gewerkschaften sehr frühzeitig ein solidarisches Krisenmanagement eingefordert und bei der Umsetzung notwendiger Maßnahmen eine tragende Rolle eingenommen. Dabei hat sich einmal mehr gezeigt, dass neoliberale Ideologien und marktradikale Politik in Gänze versagt haben. Die aktive Rolle des Staates, die Fokussierung auf die Industrie als Kern der Wertschöpfung und nicht zuletzt eine wirksame Mitbestimmung der Beschäftigten durch tarifliche Regelungen waren die wesentlichen Faktoren des Erfolgs.

Europa demokratisch und sozial gestalten!

In vielen anderen Ländern Europas spitzt sich die wirtschaftliche und soziale Lage dramatisch zu. Denn die Ursachen der Krise – insbesondere deregulierte Finanzmärkte und strukturelle Fehlentwicklungen – befeuern immer neue Spiralen der Spekulation. Gleichzeitig verschärfen die einseitige Politik der staatlichen Ausgabenkürzungen im Bereich der sozialen Sicherung sowie massiver Druck auf Entgelte, Tarifverträge und Arbeitnehmerrechte die Lage. Die einbrechende Binnennachfrage lässt Haushaltsdefizite und Arbeitslosenzahlen nach oben schnellen, während notwendige Wachstumsimpulse an der mangelnden Solidarität der europäischen Regierungen, insbesondere auch der deutschen, scheitern. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass die Erfolge der europäischen Integration auf Dauer nur dann bewahrt werden können, wenn entscheidungsfähige und demokratisch legitimierte Institutionen an die Stelle nationaler Egoisten treten. Und neben die gemeinsame Geldpolitik eine einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik tritt, ebenso wie die Absicherung sozialer Mindeststandards.

Klare Signale für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum!

Auf Dauer kann sich Deutschland nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa abkoppeln. Auch um die weiterhin gute deutsche Konjunktur zu stabilisieren muss dringend gehandelt werden:

- Durch wirksame, solidarisch finanzierte Wachstumsimpulse in den Krisenländern Europas und eine Abkehr von einer einseitigen Belastung der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentnern. Finanziert werden kann dies durch eine gerechtere Lastenverteilung auch in den Krisenländern. Allein das Geldvermögen der reichsten 5% der Bevölkerung Europas ist höher als die Summe aller Staatsschulden. Weiter können die geplante Finanztransaktionssteuer, die Umschichtung der EU-Etats zugunsten von Wachstumsfeldern, aber auch die Aufnahme gemeinsamer Anleihen der Euro-Länder zur Finanzierung beitragen.
- Durch ein nationales Investitionsprogramm, das auf Investitionen in wesentlichen Zukunftsfeldern wie Bildung, Energiewende, Energieeffizienz, neue Mobilitätskonzepte und Verkehrsinfrastruktur, Informations- und Telekommunikationstechnologien und Breitbandnetze zielt. Zur Finanzierung kann die, auch verteilungspolitisch gebotene, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer Vermögenssteuer mit beitragen.

Ein Kurswechsel ist möglich!

Ein Kurswechsel für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum ist möglich, wenn es uns gelingt, hierfür gesellschaftliche Mehrheiten zu bekommen. Dies gilt für die Bundespolitik, wie für die Landespolitik. Die IG Metall Baden-Württemberg hat mit ihren 2011 vorgelegten „Bausteinen für eine

ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft“ ihre Anforderungen benannt. Nach einem Jahr Grün-Rot können wir feststellen, dass nicht nur der Koalitionsvertrag viele der von uns benannten Punkte aufgegriffen hat, sondern diese auch in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt werden. Beispielsweise in der Bildungspolitik mit der Abschaffung der Studiengebühren und der klaren Priorität für ein längeres gemeinsames Lernen. Allerdings müssen wir nach wie vor ein weiter bestehendes strukturelles Defizit an den Berufsschulen und den zögerlichen Ausbau der Ganztageschulen anmahnen. Für uns sind die Einführung eines Tariftreuegesetzes und das für nächstes Jahr angekündigte Bildungsfreistellungsgesetz wichtig.

Mit dem Tarifabschluss 2012 hat die IG Metall ein Signal für einen Kurswechsel auf tariflicher Ebene durchgesetzt.

Die Beschäftigten werden am Aufschwung beteiligt und ihre Realeinkommen steigen. Auch in anderen Branchen und Handwerken konnten wir weitere gute Tarifabschlüsse durchsetzen, die die Beschäftigten verteilungspolitisch nach vorne bringen.

Die IG Metall setzte mit dem Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie ein Zeichen gegen das Ausufernde von Leiharbeit und gibt den Betriebsräten belastbare Werkzeuge für deren Eindämmung. Die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten gibt der Jugend sichere Perspektiven. Mit beiden Regelungen haben wir Tabus der Arbeitgeber durchbrochen. Dabei befriedet der Tarifabschluss nicht die gesellschaftspolitische Debatte über prekäre Beschäftigung, sondern verstärkt sie, da nun der Betrieb als Handlungs- und Konfliktfeld beschrieben ist. Die Politik ist weiter gefordert den Grundsatz der Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern mit Stammbeschäftigten und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots durchzusetzen. Statt dem Ende der Kampagne ist eine betriebs- und gesellschaftspolitische Offensive angesagt.

Die große Zustimmung zum Tarifergebnis macht deutlich, dass wir hier weiter auf die Zustimmung der Belegschaften, wie auch der Öffentlichkeit bauen können.

Arbeitsschwerpunkte 2012 /2013

Betriebspolitische Umsetzung der Tarifverträge

Im Mittelpunkt unseres Handelns im Herbst 2012 steht die Umsetzung der neuen tariflichen Regelungen in die betriebliche Realität. Dazu müssen wir unsere Kräfte konzentrieren und unser Vorgehen gut vorbereiten.

Dies betrifft die Umsetzung des Grundsatzes der unbefristeten Übernahme ebenso wie die Umsetzung der tariflichen Bestimmungen zur Leiharbeit.

- Offensiv für Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme

Die Übernahme der Ausbilder 2013 wird in diesen Monaten entschieden. Wenn Arbeitgeber von der unbefristeten Übernahme abweichen wollen, wird es ihnen angesichts der knappen Arbeitsmarktsituation schwer fallen gute Gründe zu finden. Wir werden überall da, wo Arbeitgeber gegen unsere Argumente erklären, sie hätten keinen Bedarf an ausgebildeten Fachkräften, diese Auseinandersetzung öffentlich führen. Beginnen werden wir im Oktober auch mit der Umsetzung des Förderjahres in Pilotbetrieben. Ab nächstem Jahr werden wir dieses Programm breit bewerben.

Im Herbst finden die JAV-Wahlen statt und es stehen unsere Werbeaktionen für neue Auszubildende auf der Tagesordnung – kurzum: der Herbst gehört der Jugend!

- Leiharbeit auf den Prüfstand stellen

Beim Einsatz von Leiharbeitern gilt es, die Zulässigkeit des Einsatzes von Leiharbeit anhand der beschriebenen tariflichen Kriterien genau zu prüfen. Überall dort, wo Leiharbeit eingesetzt wird und

es heute noch keine Regelungen zur Leiharbeit gibt, werden wir Betriebsvereinbarungen entsprechend unseres Grundsatzes "Verhindern – Begrenzen – Gestalten" anstreben. Hier sind die Durchsetzungschancen jetzt verbessert.

Am 7. Oktober findet jährlich der internationale Tag gegen prekäre Beschäftigung statt. Gewerkschaften vieler Länder zeigen an diesem Tag Flagge gegen Ausgrenzung, Hungerlöhne und Rechtlosigkeit. Auch wir wollen uns, gerade angesichts des Anwachsens prekärer Beschäftigung in ganz Europa, durch örtliche Aktivitäten rings um den 7. Oktober 2012 daran beteiligen.

Ab 1. November 2012 gilt für viele Leiharbeiter der Branchenzuschlag. Wir sollten die Umsetzung dieser Regelung durch Ansprache der Leiharbeiter im Betrieb begleiten und im Betrieb die Forderung nach Übernahme in eine Festeinstellung erheben.

Verstärkt aufgreifen werden wir ab Herbst die Problematik der Werkverträge. Einerseits durch unsere Gegenwehr bei Ausgliederungen oder gegen die Umgehung der Leiharbeit durch Werkverträge. Andererseits durch die gewerkschaftliche Organisierung, Gründung von Betriebsräten und Durchsetzung von Tarifverträgen in den Werksvertragsunternehmen selbst.

Arbeit sicher und fair - den Betrieb als Handlungsort stärken!

Die Beschäftigten sind einem wachsenden Leistungsdruck und ausufernden Arbeitszeiten ausgesetzt. Die Herausforderungen des demographischen Wandels sind noch längst nicht in den Betrieben angekommen. Wie sonst könnte man erklären, dass zunehmende psychische, aber auch wieder steigende physische Belastungen vermehrt zu gesundheitlichen Problemen führen und arbeitsbedingte Erkrankungen zunehmen.

Die extrem gestiegene fremdbestimmte Flexibilität von Arbeitszeiten führt zu einer Dominanz betrieblicher Interessen, die gegen eine Vereinbarkeit von Arbeit und Leben wirken. Eine lebensphasengerechte Arbeitszeit, die individuelle Bedürfnisse mit betrieblichen Erfordernissen in einen fairen Ausgleich bringt, ist dringend notwendig. Dies gilt für Zeiten der Kindererziehung ebenso wie für flexible Altersübergänge. Hierzu müssen wir uns in der IG Metall eine Position erarbeiten, einschließlich der Frage, welche Rolle eine Verkürzung der Arbeitszeit dabei einnehmen kann.

Statt Durchlässigkeit in der beruflichen Entwicklung und Weiterbildung zu fördern, baut die heutige Arbeits- und Personalpolitik kaum überwindbare Schranken auf. Im Gegenteil: Hunderttausende Beschäftigte in unseren baden-württembergischen Branchen sind unterwertig beschäftigt, vorhandene Qualifikationen werden entwertet, statt berufliche Entwicklung gefördert.

Wir werden diese Themen auf einer Betriebsrätekonferenz am 23. Oktober 2012 aufgreifen und im November 2012 auch örtliche Aktivitäten und Veranstaltungen durchführen.

Hierzu gehört auch die Diskussion über flexible Altersübergangsmodelle. Mit dem Themenschwerpunkt: „Gute Arbeit – gut in Rente“ wird sich die IG Metall Positionen gegenüber der Politik erarbeiten, die Maßstab im Wahljahr 2013 sein werden.

Aktive Verteilungspolitik – Tarifrunde 2013!

Die aktuelle wirtschaftliche Lage weist für die Mehrzahl der Betriebe unserer Branchen eine stabile Situation auf. Dies wird auch Basis der nun anstehenden Tarifverhandlungen bei Textil und Bekleidung, aber auch Holz und Kunststoff und einer Vielzahl von Handwerksbranchen sein.

Ab Januar 2013 beginnt dann die Debatte um die Tarifforderung 2013 für die Metall- und Elektroindustrie und dem Kfz-Handwerk. Über strukturelle Fragen der Entgeltspolitik wollen wir uns bereits im Vorfeld der kommenden Tarifrunde eine Meinung bilden. Hierzu gehört etwa eine Analyse, wie ERA in den Betrieben umgesetzt wurde und ob diese Entgeltstrukturen und die sich daraus ergebende Entgeltdifferenzierung die Anforderungen richtig abbilden.

Für einen Kurswechsel: Bundestagswahl 2013!

Aus heutiger Sicht stehen folgende Fragen im Mittelpunkt unserer Einmischung in die Bundestagswahl 2013:

- **Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt**
Statt prekärer Beschäftigung und Armutslöhnen fordern wir die Zurücknahme der weitgehenden Deregulierung des Arbeitsmarkts durch die Agenda 2010 und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.
- **Gute Arbeit – gut in Rente**
Wir lehnen die gesetzliche Regelung zur Rente ab 67 sowie die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus ab und fordern Alternativen ein.
Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die es den Menschen erlauben, ohne gesundheitliche Schäden das Rentenalter zu erreichen und einen Rentenanspruch, der vor Altersarmut schützt. Zudem sind flexible Altersübergangssysteme notwendig, die den Beschäftigten echte Entscheidungsoptionen geben.
- **Ökologisch und sozial nachhaltige Wachstumspolitik**
Aktive Industriepolitik als Kern einer ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstumspolitik ist gefordert. Nur so lassen sich Beschäftigung und die Bewältigung von Zukunftsaufgaben, wie etwa die Energiewende, meistern. Hierzu gehört auch, dass die Finanzierung von Infrastruktur, Bildung und öffentlichen Investitionen durch ein gerechteres Steuersystem erfolgt, das Spitzenverdienste stärker besteuert und hohe Vermögen über eine Vermögensabgabe abschöpft.
- **Soziales und demokratisches Europa**
Statt Spardiktaten und Eingriffen in Sozialsysteme und Tarifverträge wollen wir ein soziales und demokratisches Europa. Europa ist mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Europa ist ein Projekt des Friedens und zwingende Notwendigkeit, um in einer globalisierten Welt für Europa und Deutschland Wachstum und Beschäftigung zu sichern und auf globale Entwicklungen wirksam Einfluss zu nehmen. Daher braucht Europa entscheidungsfähige demokratisch gewählte Institutionen, die auch Mindeststandards eines sozialen Europas setzen können.

Wir werden zu diesen Themen vor Ort und im Bezirk Diskussionsangebote machen und Veranstaltungen durchführen. Die IG Metall wird sich auf einem Zukunftskongress im Dezember 2012 in Berlin mit diesen Fragen beschäftigen. Wichtig wird sein, dass wir mit unseren Positionen das direkte Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, mit Bürgerinnen und Bürgern im Vorfeld der Bundestagswahl suchen. Hierzu werden wir eine Vielzahl von Aktivitäten vor Ort starten, um Mehrheiten für einen Kurswechsel zu erreichen.

Mitglieder gewinnen – Organisationskraft stärken

Ob Betrieb, Tarifpolitik oder gesellschaftspolitische Einmischung: Über unsere Durchsetzungsfähigkeit entscheidet unsere Organisationskraft.

Die positive Mitgliederentwicklung im ersten Halbjahr 2012 gilt es fortzuführen. Unser gutes Tarifergebnis ist das beste Argument. Im Herbst stehen die Auszubildenden und ihre Werbung im Fokus, aber auch die Leiharbeiter, die ab November einen deutlichen Entgeltzuwachs haben. Die beste Möglichkeit Mitglieder zu werben bleibt aber die Beteiligung der Beschäftigten in die betrieblichen Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigung.

Das Projekt „IG Metall 2009“ gibt uns zusätzliche Ressourcen. Wir werden diese in die Gewinnung junger Menschen, Beschäftigte in administrativen Bereichen, insbesondere Frauen, und Entwicklungsbereichen investieren. Damit die IG Metall Schritt für Schritt auch die Struktur der Beschäftigten in ihrer Mitgliederstruktur abbildet.

Vorfeldarbeit an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen ist ein wichtiges ergänzendes Handlungsfeld, das wir verstärken werden. Die Ansprache im Betrieb wird dadurch aber nicht ersetzt.

Eine beteiligungsorientierte Betriebspolitik, eine gute Vertrauensleutearbeit und aktive Betriebsräte, Jugendvertreter und Schwerbehindertenvertreter der IG Metall, die das regelmäßige Gespräch mit den Beschäftigten suchen, sind und bleiben die wesentlichen Schlüssel für mehr Organisationskraft in Betrieb, Branche und Gesellschaft.

**Wir sind auf einem guten Weg in unserer „Strategie Zukunft“.
Setzen wir ihn solidarisch und konsequent fort!**